

Herr Gräf erläutert den Antrag seiner Fraktion. Danach soll das beantragte Kataster nicht nur als Grundlage für Entscheidungen des Rates sowie von Ausschuss und Verwaltung dienen, sondern auch als Basis für ein zukünftiges Flächennutzungskonzept herangezogen werden. Es sollte zudem öffentlich zugänglich gemacht werden z.B. für Bau- und Zuzugswillige, Architekten und Investoren. Unter Hinweis auf den Aufwand soll das Kataster sukzessive erstellt werden. Es sei nicht Absicht der FDP-Fraktion, jemanden zu zwingen, sich einem Baugebot zu unterwerfen. Es sollen aber auch private Baugrundstücke erfasst werden, wenn der Eigentümer dem zustimmt. Bezüglich des Geo-Informationssystem und der damit erforderlichen Hard- und Software sei es erforderlich, dass die Verwaltung feststellt, welche Kosten hierdurch entstehen würden.

Herr Weber plädiert dafür, zunächst das Ergebnis der derzeit in Bearbeitung befindlichen Erfassung nicht bebauter Grundstücke abzuwarten und danach das weitere Verfahren mit dem Ausschuss abzustimmen. Da der Umfang der gewünschten Daten für das Kataster noch nicht feststehe, könne auch zu den Kosten noch nichts gesagt werden. Diese seien maßgeblich vom Umfang der Daten abhängig.

Herr Sterzenbach geht auf den Nachtrag von Herrn Gräf ein, dass hinsichtlich des Umfangs der notwendigen Daten die Stadt Bonn über eine beispielhafte Datei verfüge. Hierzu erläutert Herr Sterzenbach, dass derzeit auf einfacher und übersichtlicher Basis ohne hohen Kostenaufwand Daten zusammengetragen würden. Das Ergebnis solle dem Ausschuss vorgelegt werden. Das Beispiel der Stadt Bonn lasse sich nicht auf die Gemeinde Eitorf übertragen. Dort stehe ein eigenes Amt für die Statistikverarbeitung zur Verfügung. In Eitorf müsse eine Lösung über die GKD (Gemeinsame Kommunale Datenverarbeitung) gewählt und bezahlt werden. Dabei müsse bedacht werden, dass ein gefordertes vollständiges Kataster nie vollständig sein könne, weil sich ständig Änderungen ergäben. Auch die baurechtlichen Eigenschaften von Grundstücken ließen sich nicht verbindlich darstellen, weil z.B. Abstimmungen mit anderen Behörden erforderlich seien. Herr Sterzenbach stimmt Herrn Gräf allerdings darin zu, die Informationen über Bauflächen in Eitorf möglichst zu verstärken.

Herr Weber stellt dar, für welche Ortsteile bereits durch die Verwaltung nicht bebaute, aber baureife Grundstücke erfasst worden wären, so dass ein großer Teil der von der Verwaltung angebotenen Vorarbeiten erledigt sei.

Herr Langer stellt die Frage, worin der Nutzen eines Baulückenkatasters liege über das hinaus, was die Verwaltung bereits erstellt habe. Er regt an, andere Kommunen gleicher Größenordnung zu befragen.

Herr Sterzenbach ist der Überzeugung, dass ein softwaregestütztes Kataster mit einer entsprechend gewünschten Datentiefe, welches auch extern genutzt werden kann, mindestens 30-50.000 €kosten werde. Zudem müsse noch ein 4stelliger Betrag für die jährliche Nutzung der GKD-Leistungen aufgebracht werden. Außerdem sei personeller Aufwand erforderlich für die fortlaufende Datenpflege. Am Ende käme aber die Auskunft suchenden immer noch persönlich zu den Mitarbeitern der Verwaltung. Denn nur hier bekämen sie eine qualifizierte und aktuelle Auskunft auch über die bereitgestellten Daten hinaus.

Im Rahmen der Klarstellung über die Intention des FDP-Antrags erklärt Herr Gräf, dass die Verwaltung beauftragt werden solle zu prüfen, welche Kosten und welcher Aufwand entstehe und in welcher Zeit das geforderte Kataster erstellt werden könnte.

Herr Müller meint, dass die Verwaltung dies bereits dargestellt hat. Erst nach Vorlage des Ergebnisses der bereits in Arbeit befindlichen Erfassung könne im Frühjahr 2008 weiter beraten werden. Er regt an, den Antrag zurückzuziehen. Seine Fraktion werde weder dem gestellten Antrag zustimmen noch einem Prüfauftrag.

Auch Herr Pfister und Herr Bösking beteiligen sich kurz an der Diskussion, bevor Herr Diwo über den auf seinen Vorschlag hin von Herrn Gräf in einen Prüfauftrag an die Verwaltung geänderten Antrag abstimmen lässt.